



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.18, Oktober 1995

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Am 25. Juni 1995 haben wir zwar die Abstimmung um die **10. AHV-Revision** verloren, jedoch mit fast 40%-Nein-Stimmen einen Achtungserfolg errungen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die SP die Ja-Parole vertreten hatte. Es ist den Gewerkschaften also gelungen, die Erhöhung des Rentenalters zu thematisieren. Und alle Umfragen zeigen, dass, wenn nur über die Erhöhung des Frauenrentenalters abgestimmt worden wäre, dies keine Mehrheit gefunden hätte. Einen Achtungserfolg ist wichtig! Denn es darf nicht passieren, dass der 25. Juni 1995 zu einen Erfolgserlebnis für die Sozialabbauer wird, wie dies der 6. Dezember 1992 für die Europaverschlossenen war, die seitdem alle Abstimmungen über Ausländer- oder Weltoffenheitsfragen gewinnen.

In Zug sind die Sozialabbauer schon eifrig am Werk und haben das **Gleichstellungsbüro** geschlossen. Dazu zwei GBZ-Stellungnahmen in diesem GBZ-Info.

Die Zuger Linke hat aber leider noch nicht eingesehen, dass angesichts dieser rechtspopulistischen und antisozialen Offensive die Reihen geschlossen werden sollten. Die SP des Kantons Zug hat für die **Nationalratswahlen** eine Einheitsliste mit der SGA abgelehnt. Es ist zu hoffen, dass damit der dritte linke Sitz in Zug nicht gefährdet wird. Dieser Alleingang der SP hindert den GBZ daran, eine aktive Kampagne zur Unterstützung der einheitlichen linken Liste zu führen. Nun werden wir - wie an der GBZ-DV vom 28. März 1995 beschlossen - all jene KandidatInnen unterstützen, die Mitglied einer dem SGB angeschlossenen Gewerkschaft sind und die sich in den letzten Jahren für die Gewerkschaftsbewegung und ihre Anliegen eingesetzt haben. Dazu siehe die Umfrage und ihre Auswertung in diesem GBZ-Info.

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Wichtige Daten zum Vormerken:

21./22. Oktober 1995: Nationalratswahlen

***Wählt Kollegin Sybilla Schmid
und die Kollegen Daniel Brunner, Armin Jans und Josef Lang***

Das GBZ-Info geht an:

alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

Zur Weiterführung des Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau

Der Zuger Gewerkschaftsbund vertritt die Interessen erwerbstätiger Frauen und Männer. Aus unserer alltäglichen Praxis wissen wir, um die immer noch grossen Unterschiede zwischen den Löhnen von Männern und Frauen. Seit der Rezession haben sich die Ungleichheiten in der Arbeitswelt verschärft. Wir sehen die Schwierigkeiten erwerbsloser Frauen bei der Arbeitsuche. Die Gewerkschaften setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ein, sind aber auf die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen mit ähnlichen Zielsetzungen angewiesen. Das Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau ist eine dieser Institutionen. Wertvolle und für uns unverzichtbare Dienste konnte dieses Büro unter anderem dort leisten, wo es um die Probleme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ging, die in Branchen arbeiteten, in denen die Gewerkschaften nicht oder nur sehr schwach vertreten sind. Ein weiterer Bereich, in denen uns die Tätigkeit des Gleichstellungsbüros zugute kam, war die Beratung bei Problemen, die über das Arbeitsrechtliche hinausgingen.

Die vorberatende Kommission des Kantonsrats hat mit 9:6 Stimmen beschlossen, auf den Vorschlag der Zuger Regierung, das Büro weiterzuführen, nicht einzutreten. Gespannt wartete der Zuger Gewerkschaftsbund auf die Begründung dieses ablehnenden Entscheids. Seit kurzem liegt der Bericht der Kommissionsmehrheit vor. Wir sind enttäuscht über diesen dürftig ausgefallenen Bericht. Bei einer so kontroversen Vorlage hätte die Berichterstattung um so sorgfältiger und überlegter sein müssen. Die Kommissionsmehrheit hat in diesem Punkt versagt.

Wir kritisieren, dass im Kommissionsbericht weder auf die Argumente der Regierung noch auf diejenigen der starken Kommissionsminderheit eingegangen wird. Weiter bemängeln wir das Fehlen einer kritischen Würdigung der Tätigkeit des Gleichstellungsbüros. Was war denn in den Augen der Kommissionsmehrheit eigentlich gut und was schlecht an der Arbeit des Büros? Warum darf das die Öffentlichkeit nicht erfahren?

Im Bericht sind auch Widersprüche enthalten. Einerseits wird dem Regierungsrat durch die Blume vorgeworfen, er habe seine Tätigkeit in diesem Bereich nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgeübt, andererseits wird die Meinung vertreten, der Regierungsrat sei auch ohne Büro in der Lage die Gleichstellungsarbeit effizient und ernsthaft wahrzunehmen. Einerseits werden Anspielungen auf das Sparen gemacht und andererseits wird davon gesprochen, dass das Geld ohne Büro gezielter eingesetzt werden könne. - Was will die Kommissionsmehrheit eigentlich wirklich? - Wir werden beim Lesen des Berichts den Eindruck nicht los, dass es ihr einfach um die möglichst rasche Abschaffung des "lästigen" Gleichstellungsbüros geht, selbst wenn stichhaltige Begründungen für dieses Vorgehen fehlen.

Den Vorschlag, eine Fachkommission ohne Büro für Gleichstellung weiterzuführen, lehnen wir als untaugliche Variante ab. Es wäre seitens der Kommissionsmehrheit ehrlicher gewesen, den vorläufigen Verzicht auf weitere gleichstellungsfördernde Massnahmen zu fordern. Wer die Funktionsweise der Staatsverwaltung auch nur einigermaßen kennt, weiss, dass eine verwaltungsexterne, nichtparlamentarische Kommission kaum nennenswerte Einflussmöglichkeiten hat. Warum also eine solche Struktur unterhalten? Ist das kostengünstig oder effizient?

Der Zuger Gewerkschaftsbund hofft, dass sich das Kantonsparlament seiner Verantwortung bewusst ist. Was die vorberatende Kommission eingespart hat, kann in Bezug auf die Gleichstellung nur als Sackgasse bezeichnet werden. Wir möchten, dass Zug zu den fortschrittlichen Kantonen gehört, welche die Gleichstellungsarbeit ernstnehmen und weiterführen. Wir danken allen in dieser Beziehung weitsichtigen und vernünftigen Kantonsrätinnen und Kantonsräten, welche am 31. August dem regierungsrätlichen Vorschlag zustimmen!

(Erschienen in der Zuger Zeitung vom 17.8.95 und in den Zuger Nachrichten vom 19.8.95)

Nun das Gleichstellungsgesetz vollumfänglich durchsetzen!

Das Gleichstellungsbüro wird auf Ende Jahr geschlossen. Weder die Argumente noch die Mobilisierung derjenigen, für die Gleichberechtigung eine ernsthafte Sache ist, haben die Mehrheit des Zuger Kantonsrates davon abhalten können, das Zuger Gleichstellungsbüro zu schliessen. Was wir in unserer Stellungnahme festgehalten hatten - "dass es um die möglichst rasche Abschaffung des "lästigen" Gleichstellungsbüros geht" - hat sich leider bewahrheitet.

Hellhörig hat uns der vehemente Einsatz der Exponenten des Zuger Gewerbeverbandes und des Zuger Handels- und Dienstleistungsverbandes für die Schliessung des Gleichstellungsbüros gemacht. Da steckt entschieden mehr dahinter: Es geht darum, dem neuen Gleichstellungsgesetz gleich von anfang an, die Zähne zu ziehen.

Angeichts dieser Kampagne von Gewerbe, Handel und Dienstleistungen müssen die Gewerkschaften reagieren. Der GBZ ruft darum alle Frauen auf, uns allfällige Diskriminierungen am Arbeitsplatz zu melden. Wir möchten dabei in Erinnerung rufen, dass die Gewerkschaften das Verbandsklagerecht haben, d.h. wir können im Namen der betroffenen Frauen klagen, ohne dass diese sich selber direkt exponieren müssen. Dass die Gewerkschaften das tun können, setzt allerdings voraus, dass die Ungerechtigkeit gemeldet wird und dass sich vermehrt Frauen sich in den Gewerkschaften organisieren.

Der Handels- und Dienstleistungsverband (HDV) tut in seiner Stellungnahme so, wie wenn die Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz eine "Erfindung" des Zuger Gleichstellungsbüros wäre. Der HDV geht davon aus, "dass die Zuger Unternehmen durchwegs einen offenen, respektvollen und fairen Umgang mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern pflegen". Wir nehmen sie gerne beim Wort.

Aus unserer gewerkschaftlichen Praxis heraus wissen wir aber, dass Vertrauen gut, Kontrolle besser ist. Darum prüft der GBZ zur Zeit, ob eine Stelle eingerichtet werden könnte, welche die Realisierung des Gleichstellungsgesetzes in der Zuger Wirtschaft überprüft. Falls wir feststellen können, dass die Gleichstellung der Frauen in der Zuger Arbeitswelt realisiert ist, wird uns das sehr freuen. Werden wir aber gesetzeswidrige Handlungen feststellen, dann werden wir mit uns genauso wenig reden lassen, wie es die Schliesser des Gleichstellungsbüros getan haben. Dann werden wir die Rechte der Frauen mit allen gesetzlichen Mitteln durchsetzen.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ)

(Erschienen in den Zuger Nachrichten vom 8.9.95 und in der Zuger Zeitung vom 9.9.95)

Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht vor, dass die Kantone aktiver gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen und Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV) aufbauen. Der Kanton Zug war bisher einer der wenigen Kantone, die bereits aktiv in dieser Richtung waren. Der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM), in dem der GBZ im Vorstand durch Sybilla Schmid vertreten ist, hat bereits erfolgreich Arbeitslosenprojekte durchgeführt.

Die RAV sollen durch tripartite Kommissionen begleitet werden, in denen der Kanton, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer vertreten sind. Der GBZ ist bereit, dort aktiv mitzumachen. Aus diesem Grund haben wir dem Zuger Volkswirtschaftsdirektor Rober Bisig den untenstehenden Brief geschrieben:

Herrn Regierungsrat
Robert Bisig
Volkswirtschaftsdirektion
Postfach 897
6301 Zug

14. August 1995

Lieber Robert

In der Beilage schicke ich Dir für die Sitzung der Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen die Stellungnahme des Zuger Gewerkschaftsbundes (GBZ) zur Beschäftigungslage im Kanton Zug.

Von Sybilla Schmid, GBZ-Vertreterin im VAM-Vorstand, sind wir darüber informiert worden, dass die Zuger Volkswirtschaftsdirektion bezüglich Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV) aktiv geworden ist. Wir begrüssen das sehr!

Insbesondere finden wir es wichtig, dass mit der tripartiten Kommission eine klare Struktur geschaffen werden soll, welche direkt die Sozialpartner (Arbeitgeber und Gewerkschaften) einbezieht. Als die mitgliederstärkste Gewerkschaftsdachorganisation im Kanton Zug sind wir natürlich bereit, aktiv an der Ausgestaltung der RAV mitzumachen.

Mit freundlichen Grüssen

Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Am 30. August 1995 hat eine Sitzung der Konsultativkommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen stattgefunden, für die wir folgende Stellungnahme geschrieben haben:

Als gewerkschaftliche Organisation, welche die Interessen der Arbeitnehmer vertritt und nicht in die Entscheidungsstrukturen der Betriebe einbezogen ist, ist es für uns schwierig, zur Auftragssituation in den Zuger Branchen direkte Aussagen zu machen. Darum beschränken wir uns darauf, einige Tendenzen zu erwähnen, die uns für die Zukunft der Beschäftigungslage im Kanton Zug Sorge bereiten:

1. Die Langzeitarbeitslosen und die damit verbundene Sockelarbeitslosigkeit.

Es bestätigt sich heute immer mehr, dass trotz Aufschwung die Arbeitslosigkeit nicht verschwinden wird. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen sinkt unwesentlich und gerade ältere Arbeitslose haben sehr grosse Mühe, noch eine Beschäftigung zu finden.

Wir können es nicht akzeptieren, dass in Zukunft eine Sockelarbeitslosigkeit in Kauf genommen werden soll und finden, dass alles getan werden muss, um das Recht auf Arbeit für alle zu realisieren.

Wir begrüssen es sehr, dass der Kanton Zug bisher recht aktiv bezüglich Arbeitsmarktmassnahmen war. Wir hoffen nun, dass diese Aktivität sich auch im Aufbau der durch das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgesehene Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV) fortsetzt. Der Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ) ist jedenfalls bereit, im Rahmen der vorgesehenen tripartiten Kommissionen, die den RAV beratend zur Seite stehen sollen, mitzumachen.

2. Die zunehmende Infragestellung der Gesamtarbeitsverträge und der Gewerkschaften.

In vielen Branchen und Sektoren, in denen in den letzten Jahrzehnten die Arbeitsbeziehungen durch Gesamtarbeitsverträge geregelt waren, werden diese Gesamtarbeitsverträge durch die Arbeitgeberseite zunehmend in Frage gestellt. In den Vertragsverhandlungen ist es für die Gewerkschaften praktisch nicht mehr möglich, diese Verträge zu verbessern. Dies bedeutet, dass die Gewerkschaften in Zukunft immer mehr zu harten Mitteln des Arbeitskampfes werden greifen müssen.

3. Die Deregulierung der gesetzlichen Bestimmungen ohne entsprechenden gesamtarbeitsvertraglichen Schutz.

Beispielsweise mit der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten wird es zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals kommen, wenn es nicht gelingt, mittels gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen einen sozialen Mindestschutz zu regeln. Die Gewerkschaften können darum solche Deregulierungen der Gesetze nur dann akzeptieren, wenn die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Lohn) durch einen mit den Gewerkschaften ausgehandelten GAV geregelt werden.

Bei allen Diskussionen um den Standort Zug darf unseres Erachtens die soziale Dimension des Werk- und Finanzplatzes Zug nicht ausser acht gelassen werden. Nur so wird es möglich sein, zufriedene und motivierte Arbeitende zu haben. Dazu gehört auch, dass jene nicht ausgegrenzt werden, die auf dem Arbeitsmarkt zu den Schwächeren gehören.

Denn die Ellenbogen-Gesellschaft gefährdet zunehmend auch den sozialen Frieden auf politischer Ebene durch die Zunahme von Rassismus, Kriminalität und Populismus.

Unzufriedene und frustrierte Leute, die das Gefühl haben zu kurz gekommen zu sein, sehen in jedem Fremden einen Feind. Ein fremdenfeindliches Klima in der Bevölkerung ist für den Standort Zug alles andere als förderlich. Dieser Populismus wiegt bereits als negativer Faktor in jeder politischen Abstimmung, in der es um die Weltoffenheit der Schweiz geht. So wichtige politische Fragen wie Europäische Union haben in Abstimmungen keine Chance, wenn es nicht gelingt, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung mit dem Tatbeweis zu überzeugen, dass es dabei nicht nur um ein Europa der GeschäftemacherInnen geht, in der sie "unter die Räder" kommen werden.

Zug, 14. August 1995 / Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Zug

Der Vorstand des Zuger Gewerkschaftsbundes bittet Sie / Dich folgende Fragen zu beantworten:

1. *Ihre / Deine Meinung zur 10.AHV-Revision*

Nein (wie der GBZ) gesagt haben: **Daniel Brunner** (SGA), **Josef Lang** (SGA), **Sybilla Schmid** (SGA)

Ja gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Elsbeth Müller** (SP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Silvan Romer** (SP), **Konrad Studerus** (CVP)

2. *Ihre / Deine Meinung zum Gleichstellungsgesetz*

Ja (wie der GBZ) gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Daniel Brunner** (SGA), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Josef Lang** (SGA), **Elsbeth Müller** (SP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA), **Konrad Studerus** (CVP)

3. *Ihre / Deine Meinung zur Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung*

Ja (wie der GBZ) gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Daniel Brunner** (SGA), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Josef Lang** (SGA), **Elsbeth Müller** (SP), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA), **Konrad Studerus** (CVP)

Nein gesagt haben: **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative)

4. *Ihre / Deine Meinung zur Aufhebung des Nachtarbeitsverbot für Frauen*

Nein (wie der GBZ) gesagt haben: **Daniel Brunner** (SGA), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Josef Lang** (SGA), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA)

Ja gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Armin Jans** (SP), **Elsbeth Müller** (SP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Konrad Studerus** (CVP)

5. *Ihre / Deine Meinung zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten*

Nein (wie der GBZ) gesagt haben: **Daniel Brunner** (SGA), **Josef Lang** (SGA), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA)

Ja gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Konrad Studerus** (CVP)

6. *Ihre / Deine Meinung zum EWR-Beitritt der Schweiz (Abstimmung 6.12.92)*

Ja (wie der GBZ) gesagt haben: **Daniel Brunner** (SGA), **Peter Hess** (CVP), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Elsbeth Müller** (SP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Sybilla Schmid** (SGA)

Nein gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Josef Lang** (SGA), **Silvan Romer** (SP), **Konrad Studerus** (CVP)

7. *Ihre / Deine Meinung zum EU-Beitritt der Schweiz*

Ja (wie der GBZ) gesagt haben: **Daniel Brunner** (SGA), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Josef Lang** (SGA), **Elsbeth Müller** (SP), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA)

Nein gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Konrad Studerus** (CVP)

8. *Ihre / Deine Meinung zu den von den Gewerkschaften geforderten flankierenden Massnahmen bei einem EWR/EU-Beitritt:*

Erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV)

Ja (wie der GBZ) gesagt haben: **Daniel Brunner** (SGA), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Josef Lang** (SGA), **Elsbeth Müller** (SP), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA)

Nein gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Konrad Studerus** (CVP)

9. *Kantonale Minimallöhne*

Ja (wie der GBZ) gesagt haben: **Daniel Brunner** (SGA), **Armin Jans** (SP), **Josef Lang** (SGA), **Elsbeth Müller** (SP), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA)

Nein gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Konrad Studerus** (CVP)

10. *Vorortsprinzip: Es gelten die Arbeitsbedingungen des Ortes, wo gearbeitet wird.*

Ja (wie der GBZ) gesagt haben: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie), **Daniel Brunner** (SGA), **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Peter Hess** (CVP), **Beat Holdener** (Mut für Zug), **Armin Jans** (SP), **Josef Lang** (SGA), **Elsbeth Müller** (SP), **Silvan Romer** (SP), **Sybilla Schmid** (SGA), **Konrad Studerus** (CVP)

Nein gesagt haben: **Hans Rentsch** (Liberale Alternative)

Sind Sie / bist Du Mitglied einer Gewerkschaft?

Ja: **Marie-Therese Annen** (Basis Demokratie) in 3 Berufsverbänden (keine SGB-Gewerkschaften), **Daniel Brunner** (SGA) im SMUV, **Beat Holdener** (Mut für Zug) im Verband der schweizerischen JournalistInnen VSJ (keine SGB-Gewerkschaft), **Armin Jans** (SP) im VPOD, **Josef Lang** (SGA) im VPOD, **Silvan Romer** (SP) im LehrerInnen-Verein (keine SGB-Gewerkschaft), **Sybilla Schmid** (SGA) im SMUV

Nein: **Jean Paul Flachsmann** (SVP), **Elsbeth Müller** (SP), **Peter Hess** (CVP), **Hans Rentsch** (Liberale Alternative), **Konrad Studerus** (CVP)

Der GBZ hat an seiner DV vom 28. März 1995 beschlossen, ausschliesslich KandidatInnen zu unterstützen, die einem SGB-Verband angehören und die gleichzeitig gewerkschaftliche Anliegen vertreten. Daraus wird klar, dass der GBZ Sybilla Schmid als aktives Vorstandsmitglied (Kassierin) und Daniel Brunner, Armin Jans und Josef Lang zur Wahl empfehlen wird. Wir machen darauf aufmerksam, dass wir jene Kandidatinnen oder Kandidaten, die wir besonders unterstützen möchten, auch zweimal auf eine Liste schreiben können. Die meisten gewerkschaftliche Anliegen vertreten auch folgende KandidatInnen, die der GBZ aber nicht unterstützt, weil sie nicht Mitglied einer SGB-Gewerkschaft sind: Beat Holdener (Mut für Zug), Elsbeth Müller (SP), Silvan Romer (SP).

Keine Antwort haben wir erhalten von: Hans Dürer (SVP), André Graf (SVP), Edith Hotz (CVP), Susi Kuhn (FdP), Christoph Straub (FdP), Georg Stucky (FdP). Susanna Fassbind (Mut für Zug) hat zwar geantwortet aber den Fragebogen nicht ausgefüllt.

Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995

Wahlauf Ruf des Zuger Gewerkschaftsbundes

Der Zuger Gewerkschaftsbund empfiehlt folgende Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die sich als Mitglied einer Gewerkschaft insbesondere für die Anliegen der arbeitenden Bevölkerung einsetzen werden.

**Für den sozialen Standort Zug
wählt**

Sybilla Schmid (SMUV)
SGA-Kantonsrätin und
aktives Vorstandsmitglied (Kassierin) des GBZ

Daniel Brunner (SMUV)
SGA-Gemeinderat

Armin Jans (VPOD)
SP-Kantonsrat

Josef Lang (VPOD)
SGA-Kantonsrat

GBZ Gewerkschaftsbund des Kantons Zug
GBI Gewerkschaft Bau & Industrie
PTT-Union
SMUV Gewerkschaft Industrie Gewerbe Dienstleistungen
SEV Schweizerischer Eisenbahnverband
VPOD Verband Personal der öffentlichen Dienste